

SPIEGEL Plus › Panorama › Gesellschaft

Demokratieverständnis in Ost und West

Was die AfD-Erfolge mit der DDR zu tun haben

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afd-erfolge-und-die-ddr-christina-morina-ueber-die-demokratie-in-ost-und-west-a-5d8971c8-52ae-469d-acd2-822808fa4648>

www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/afd-erfolge-und-die-ddr-christina-morina-ueber-die-demokratie-in-ost-und-west-a-5d8971c8-52ae-469d-acd2-822808fa4648 



— AfD-Kundgebung in Erfurt (im April): »Es wuchsen nicht zwei gleichwertige Systeme zusammen«

Lassen sich rechte Wahlsiege vor allem mit Rassismus und Frust erklären? Bloß nicht, warnt die Historikerin **Christina Morina**. Sie diagnostiziert eine »Untertanentradition« – und kritisiert Angela Merkel.

— Peter Maxwill

SPIEGEL: Frau **Morina**, Sie erforschen das Demokratieverständnis in Deutschland vor und nach dem Mauerfall. In der DDR gab es weder freie Wahlen noch Meinungsfreiheit, kann man da überhaupt von Demokratieverständnis sprechen?

Morina: Die Deutsche Demokratische Republik trug den Anspruch, eine Demokratie zu sein, ja im Namen – ich spreche daher von einer Demokratieanspruchsgeschichte. Und es ist ein weit verbreitetes Zerrbild, dass sich nur ein paar Intellektuelle und Dissidenten kritisch mit dem Sozialismus auseinandergesetzt und politisch engagiert hätten. Auch in der DDR gab es demokratische Ideale, auf staatlicher ebenso wie auf individueller Ebene. Aus Briefen, Petitionen und Flugblättern, die ich analysiert habe, geht hervor, wie wichtig es vielen Menschen war, eine mündige Bürgerin oder ein mündiger Bürger zu sein.

SPIEGEL: Obwohl sie ihre Ideen nie frei artikulieren konnten?

Morina: Der **SED**-Staat war eine Diktatur, aber keine apathische Nischengesellschaft. Wer glaubt, in der DDR hätten kaum kritische und politisch aktive Menschen gelebt, liegt falsch. Die große Kluft zwischen dem hohen Anspruch und den realen Verhältnissen hat viele Ostdeutsche bewegt, auch außerhalb von Parteiapparat und Opposition, und auch schon lange vor 1989. Viele Menschen nahmen den Anspruch, eine sozialistische Volksdemokratie und damit das bessere Deutschland zu schaffen, sehr ernst – und versuchten, ihm im Alltag gerecht zu werden. Es gab etwa Lehrerinnen und Lehrer, die nicht in der SED waren und trotzdem an das Ziel einer friedlichen, gerechten und humanen Gesellschaft glaubten, die staatsbürgerliche Verantwortung vermitteln wollten.

SPIEGEL: Wie wirkte sich diese Haltung nach 1990 aus?

Morina: Es gibt Studien aus den Neunzigerjahren, die das gut illustrieren: Ostdeutschen Amtsträgern ging es weniger um eigene politische Ziele als um gesellschaftliche Harmonie. Das Ideal war eine Konsensdemokratie, und da sehe ich eine gewisse Kontinuität bis heute.

SPIEGEL: Von Harmonie und Konsens ist in ostdeutschen Parlamenten derzeit allerdings wenig zu spüren.

»Ich warne davor, die unterschiedlichen AfD-Wahlergebnisse in Ost und West nur auf Rassismus, Trotz und Frust zurückzuführen.«

Morina: Das Problem ist, dass das bundesdeutsche Demokratiemodell auf Konflikt und Kompromiss ausgelegt ist, in der DDR hingegen wurde eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Staat und Bevölkerung postuliert. Der Anspruch, alles in gesellschaftlicher Harmonie zu klären, qualifiziert nicht gut für das politische Alltagsgeschäft der konfliktgeprägten Parteiendemokratie.

SPIEGEL: Wie passt das zu den rechten Wahlerfolgen im Osten? Die AfD propagiert ja keinen gesellschaftlichen Konsens, sondern setzt auf Protest und Ausgrenzung.

Morina: Die Idee des sogenannten *solidarischen Patriotismus*, die etwa **Björn Höcke** vertritt, verspricht ja eine harmonische Gemeinschaft – nur eben unter Ausschluss derjenigen, die vermeintlich stören oder nicht als gleichwertig angesehen werden. Zudem spricht die AfD Ostdeutschland als das angeblich wahre Deutschland an, und das wertet Menschen auf, die abgewertet sind oder sich so fühlen. Was mir wichtig ist: Die große Mehrheit der Ostdeutschen will damit nichts zu tun haben und wählt andere Parteien. Im Übrigen gibt es die AfD ja auch im Westen.

SPIEGEL: Dort wächst der Zuspruch ebenfalls, bundesweit hat die Partei in einer Forsa-Umfrage mit 22 Prozent inzwischen einen neuen Höchstwert erreicht. Werte jenseits der 30 Prozent erreicht sie aber ausschließlich in Ostdeutschland.

Morina: Ich warne davor, die unterschiedlichen AfD-Wahlergebnisse in Ost und West nur auf Rassismus, Trotz und Frust zurückzuführen. Es gibt auch Verbindungslinien zwischen der polarisierten politischen Kultur heute und den Demokratieideen der DDR-Zeit und des Herbstes 1989.

SPIEGEL: Welche Ideen waren das?

Morina: Einerseits propagierte die Staatsführung eine gerechte, wahrlich demokratische und klassenlose Gesellschaft. Andererseits forderten die oppositionellen Gruppen im Herbst 1989 – gegen die SED-Herrschaft – Basisdemokratie und echte Bürgerbeteiligung, setzten auf eine lokal verwurzelte demokratische Praxis.

SPIEGEL: Und was verbindet diese Ideale mit den Ansichten der AfD?

Morina: Die repräsentative Parteiendemokratie der Bundesrepublik steht sowohl im Widerspruch zum autoritären »Volksdemokratie«-Postulat der SED als auch zur Basisdemokratie, von der 1989 viele träumten. Die AfD ist die derzeit einzige größere Partei, die sich als Anwältin des Volkes und mehr direkter Demokratie inszeniert, auch wenn sie in Wahrheit eine autoritär-völkische Ordnung anstrebt.

SPIEGEL: Hätten die Deutschen nach dem Mauerfall besser gemeinsam ein Demokratiemodell neu entwickelt?

Morina: Ach, es weiß ja niemand, wie die Geschichte dann verlaufen wäre. Tatsächlich hat sich am Grundgesetz damals fast nichts geändert, für stärkere Bürgerbeteiligung gab es keine Mehrheiten. Die Ostdeutschen wollten trotzdem die Vereinigung und eine Demokratie, die sie in den Jahrzehnten zuvor nicht mitentwickelt hatten. In diesem Sinne waren sie zunächst keine souveränen Mitglieder der Gesellschaft.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Morina: Natürlich erhielten alle Ostdeutschen die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht, aber sie lebten nun in einer Ordnung, die sie nicht mitgestaltet haben und auch erst noch verstehen lernen mussten. Das ist ein Effekt, der übrigens auch auf eingebürgerte Einwanderer zutrifft: Man kann formal alle Rechte haben, aber doch noch weitgehend ausgeschlossen bleiben. Wie liest man Zeitung, wie engagiert man sich für politische Belange, oder wie funktionieren Bildung und Kunst, wenn nicht eine Partei alles vorgibt? Es wuchsen eben nicht zwei gleichwertige Systeme zusammen, und mit Blick auf das nun gültige, westdeutsch geformte Werte- und Institutionengerüst war eine bürgerschaftliche Begegnung auf Augenhöhe anfangs nur schwer möglich.

SPIEGEL: Was hätte 1990 besser laufen können?

Morina: Ich weiß es nicht, ich sehe mich auch nicht in der Rolle, das zu beantworten. Als Historikerin geht es mir darum, die sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie sichtbar zu machen. Ich will zum gegenseitigen Verständnis beitragen; man sollte die jeweils andere Seite nicht apodiktisch verurteilen.

»Es gibt inzwischen eine Diskursindustrie, die von der Ossi-Wessi-Zuspitzung sehr gut lebt.«

SPIEGEL: Ist das auch ein persönliches Anliegen, weil Sie in der DDR aufgewachsen sind?

Morina: Natürlich beschäftigt mich das Thema privat. Im Westen, wo ich inzwischen lebe und arbeite, erscheint es vielen rätselhaft und abstoßend, was im Osten passiert. In persönlichen Gesprächen kann ich manches Rätsel auflösen, etwa die Frage nach den Gründen für die Erfolge der Rechtspopulisten. Aber im Kern geht es mir um wissenschaftliche Arbeit – und um eine andere, zeithistorisch informierte Debatte über Ost und West.

SPIEGEL: Was läuft in der Debatte schief?

Morina: Problematisch sind die Pauschalisierungen und die abgrenzende Art, in der seit Jahren diskutiert wird – [zuletzt etwa die Thesen des Leipziger Germanisten Dirk Oschmann, der den Osten für eine Erfindung des Westens hält](#). Es gibt inzwischen eine Diskursindustrie, die von der Ossi-Wessi-Zuspitzung sehr gut lebt. Die Realität ist vielfältiger: Die Perspektive auf Ostdeutschland ist nicht mehr so dominant westdeutsch wie noch vor einigen Jahren, und gerade in den Institutionen der Bundespolitik sind Ostdeutsche leicht überrepräsentiert. Wir sollten endlich andere Fragen stellen – etwa, welche Verantwortung auch den Ostdeutschen zufällt, insbesondere denen in Führungspositionen.

SPIEGEL: Von welcher Verantwortung sprechen Sie?

Morina: Es ist erklärungsbedürftig, dass die neuen Bundesländer ausgerechnet in jenen Jahren zum demokratischen Problemfall wurden, in denen mit [Angela Merkel](#) und [Joachim Gauck](#) zwei Ostdeutsche an der Spitze des Staates standen. Wieso ist es der AfD in dieser Zeit gelungen, sich zu etablieren? Und warum hat die Kanzlerin erst zum Ende ihrer Amtszeit ihre Herkunft und die besondere demokratiepolitische Aufgabe im Osten öffentlich thematisiert?

SPIEGEL: Und was denken Sie?

Morina: In der AfD finden sich geistesgeschichtliche Traditionen, die weit in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückreichen: Im Westen ein nie verschwundener Nationalkonservatismus, im Osten eine unzulänglich aufgearbeitete NS-Vergangenheit und die Idee einer »Volksdemokratie«, die nach der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft die sozialistische Menschengemeinschaft beschwor. Man hätte von einer Kanzlerin, die die politische Kulturlandschaft zwischen Ostsee und Erzgebirge bestens kennt, erwarten können, dass sie diese demokratiepolitisch extrem relevante Problemlage klarer benennt und adressiert, und nicht nur in materieller oder symbolischer Hinsicht.

SPIEGEL: Was verbindet Ost- und Westdeutsche in ihren politischen Vorstellungen?

Morina: Zum Beispiel gibt es eine weit zurückreichende staatsbürgerliche Untertanentradition, also eine strikte Trennung zwischen dem Privatbürger und dem Staatsbürger. Wir kennen im Deutschen ja nicht einmal einen Begriff wie citizen oder citizen, der beide Dimensionen umfasst. Im Westen hat sich auch erst in den Sechziger- und Siebzigerjahren ein Verständnis durchgesetzt, in dem der Staat nicht mehr rein von oben gedacht ist, sondern als Produkt einer sich selbst organisierenden, mündigen Gesellschaft. In der Bundesrepublik dominierte seitdem ein liberales Gesellschaftsverständnis, das jetzt aber spürbar in die Defensive gerät.

»Die Westdeutschen erlebten auch einen tiefen Einschnitt, was noch viel zu wenig betrachtet wird.«

SPIEGEL: Dieses Problem ist aber offenbar dort besonders ausgeprägt, wo die Menschen sich 1990 plötzlich in einem neuen Staat wiederfanden.

Morina: Ich werbe dafür, den damaligen Umbruch nicht nur als Ost-Geschichte zu betrachten. Die Westdeutschen mussten sich von der alten Bundesrepublik verabschieden, sie erlebten 1989/90 auch einen tiefen Einschnitt, was noch viel zu wenig betrachtet wird. Der Verlust von Bonn als Hauptstadt etwa hat viele Menschen beschäftigt, das ist gut belegt. Auch die Belastung des Sozialstaats infolge der Einheit oder die neue Rolle Deutschlands in der Welt waren riesige Herausforderungen, haben viele Gewissheiten erschüttert.

SPIEGEL: Hunderttausende Ostdeutsche haben nach 1989 sehr viel mehr verloren, etwa ihre Jobs.

Morina: Natürlich konnte der Westen all das besser verarbeiten, das war eine andere Dimension als die massive Transformation im Osten. Aber wer Anerkennung für die ostdeutschen Perspektiven und Probleme fordert, muss auch die Herausforderungen auf der anderen Seite wahrnehmen.

SPIEGEL: Bisweilen scheint es, als hätte die Einheit vor allem neue Probleme und Frust mit sich gebracht.

Morina: Es ist ja auch vieles problematisch gelaufen, es gab fatale Entscheidungen mit weitreichenden Folgen – etwa die schnelle Einführung der D-Mark, die Abwicklung zahlreicher Betriebe. Aber es stimmt heute nicht mehr, dass diese Folgen zu selten angesprochen werden. Fraglich ist doch, warum die stets gleiche Rede von den Kosten der Einheit offenkundig nicht dazu führt, dass die Wunden verheilen. Vielleicht braucht es dafür einfach noch mehr Zeit – und andere, vielstimmigere Erzählungen von diesen Geschehnissen.

Einzelabbildung



© SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

5d8971c8-52ae-469d-acd2-822808fa4648 211789302 Poly_spon-5d8971c8-52ae-469d-acd2-822808fa4648 DIGASV 25.09.2023, 21:48:00